



Aufmüpfiges Personal

In Bayern könnte es eng werden für CSU-Chef Seehofer. Seite 2

Foto: dpa/Peter Kneffel

Offene Fragen im Fall Jalloh

Die Anwältin der Familie fordert die Wiederaufnahme des Verfahrens. Seite 5

Die Rache einer Mutter

Fatih Akin spricht über seinen neuen Film »Aus dem Nichts«, über Heldinnen und seine Gefühle der Ohnmacht angesichts des NSU. Seite 17



Foto: imago/Future Image

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Donnerstag, 23. November 2017

72. Jahrgang/Nr. 273

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Zu wenig Zukunft

René Heilig fürchtet, die Wirkung des Mladic-Urteils ist ungenügend

Rund 160 Urteile sprach das Internationale Kriegsverbrechertribunal. Gestern erging das letzte in erster Instanz: Lebenslänglich. Ratko Mladic, der militärische Führer der bosnischen Serben wurde für schuldig befunden, im jugoslawischen Bürgerkrieg Völkermord sowie andere schwere Kriegsverbrechen begangen zu haben. Das Urteil war notwendig und ist konsequent. Doch was bewirkt es dort, wo einst Nachbarn über Nachbarn so blutig hergefallen sind? Wird es die seit Jahrzehnten wachsende Last von Leid und Schuld abbauen helfen? Hilft es, über Feindschaft hinweg zu Ehrlichkeit und damit zu Vertrauen zu gelangen? Kaum. Je nach eigenem Kriegserleben bleibt Mladic Held oder Monster.

Das mag sich verwachsen. Über Generationen. Langlebiger ist eine scheinbare Absurdität. In den Gebieten des grausigen Geschehens ist der Nationalismus heute größer als bei Ausbruch der Bürgerkriege. Vielgestaltige ethnische Ab- und Ausgrenzungen führten dazu, dass es weniger Kontakt und damit weniger Verständnis zwischen Angehörigen verschiedener Volksgruppen gibt. Die vor allem wirtschaftlich begründete Hoffnungslosigkeit und das eigennützige politische Taktieren der EU auf dem Balkan tragen dazu bei, dass sich Narben nicht schließen.

Die Richter haben Mladic' Verantwortung für die unvorstellbaren Massaker von Srebrenica und Sarajevo festgestellt. Was zu deren Erklärung noch fehlt, ist die Offenlegung von Kriegstagebüchern beteiligter NATO-Staaten.

UNTEN LINKS

Noch gestern haben wir Ihnen, verehrter Souverän, an dieser Stelle die vermeintlichen Vorteile von Neuwahlen gegenüber **Gebrauchtwahlen** für bare Münze verkauft. Das war natürlich nur Spaß. Denn Neuwahlen haben außer gefälschten Abgaswerten und schnell verblappendem Lack nichts zu bieten. Das hat man auch in der SPD begriffen. Das vom Genossen Schulz verrammelte Garagentor ist heimlich geöffnet worden, damit man mit den guten alten Gebrauchtwahlen auf Spritztour gehen kann, sobald das vorausgesagte Schönwetter kommt. Um die blödsinnige Koalitionssymbolik zu übernehmen, könnte man es auch so ausdrücken: An eine Ampel ist zwar nicht zu denken, dennoch steht das Signal jetzt auf Rot, denn die Sozis wedeln mit der weißen Fahne, nachdem Jamaika seine Farben preisgegeben hat. Sollte es wirklich wieder zu einem Bündnis aus Schwarz und Rot kommen, gebietet es die politische Farbenlehre, fortan von einer Anarchisten-Koalition zu sprechen. *aha*

Simbabwe atmet auf

Letzte Vorbereitungen zum Präsidentenwechsel nach unblutigem Putsch



Der Dank gilt nicht dem Fernsehsender ZDF, sondern den Zimbabwean Defence Forces, den simbabwischen Streitkräften.

Foto: AFP/Zinyange Auntony

Harare. Der Stabwechsel in Simbabwe steht: Nach dem Rücktritt von Robert Mugabe soll der von ihm geschasste Vize-Präsident Emerson Mnangagwa am Freitag als neues Staatsoberhaupt vereidigt werden. Mnangagwa werde bei einer Vereidigungszeremonie in der Hauptstadt Harare seinen Amtseid ablegen, kündigte Parlamentspräsident Jacob Mudenda am Mittwoch an. Am Mittwochnachmittag kehrte der künftige Präsident aus dem südafrikanischen Exil nach Harare zurück.

Mugabe hatte am Dienstag dem wachsenden Druck nachgegeben und seinen Rücktritt erklärt, um einem Amtsenthebungsverfahren

zu entgehen. Er regierte Simbabwe 37 Jahre mit harter Hand und zunehmend autokratisch. Sein Rückzug erfolge »freiwillig«, erklärte Mugabe in seinem Rücktrittsschreiben. Grund sei seine Sorge um das Wohlergehen des Landes und sein Wunsch nach einer »friedlichen und gewaltfreien Machtübergabe«.

Mnangagwa gilt schon lange als Wunschnachfolger der Armee für das Präsidentenamt. Die Armee hatte mit einem unblutigen Putsch am 15. November das Ende der Mugabe-Ära eingeleitet.

Die Bundesregierung wertete Mugabes Rücktritt als Chance für einen Neuanfang in

Simbabwe. Dieser müsse »unter Einschluss aller demokratischen und zivilgesellschaftlichen Kräfte erfolgen«, sagte eine Sprecherin des Auswärtigen Amtes in Berlin.

Die Afrikanische Union begrüßte Mugabes Entscheidung, »nach einem ganzen Leben im Dienste der simbabwischen Nation« als Staatsoberhaupt zurückzutreten. AU-Kommissionschef Moussa Faki Mahamat wertete das Eingreifen der Armee nicht als Militärputsch, sondern als Ausdruck der Bevölkerung nach »einem friedlichen Machtübergang«. Der Rücktritt Mugabes ebne den Weg für »einen Übergangsprozess«. *nd*

Seite 3

Lebenslänglich für Ex-General Mladic

Gegensätzliche Reaktionen auf Urteil von Den Haag gegen früheren Militärführer der bosnischen Serben

Über zwei Jahrzehnte nach dem Bürgerkrieg in Bosnien-Herzegowina von 1992 bis 1995 wurde der damalige Militärführer der Serben wegen Kriegsverbrechen zu lebenslanger Haft verurteilt.

Den Haag. Vor dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag wurde der Ex-General Ratko Mladic am Mittwoch schuldig gesprochen, Völkermord und zahlreiche weitere Morde ebenso befehligt zu haben wie den Beschuss der Hauptstadt Sarajevo, die gewaltsame Vertreibung Hunderttausender, die Geiselnahme von UN-Soldaten und massenhafte Vergewaltigungen muslimischer Frauen und Mädchen. Mehr als 100 000 Menschen waren getötet und mehr als zwei Millionen vertrieben worden.

Beim Eintreffen im Gerichtssaal bekreuzigte sich Mladic und reckte den Daumen in die Höhe. Während der Urteilsbegründung durch

den Vorsitzenden Richter Alphons Orie, der von »abscheulichsten Verbrechen« sprach, lächelte Mladic immer wieder oder schüttelte den Kopf. Als er »Lüge! Reine Lüge! Alles Lüge!« schrie, ließ Orie ihn aus dem Gerichtssaal bringen. Er habe die Verhandlung in einem Nebenraum verfolgen können, sagte der Richter.

Mladic kündigte an, in Berufung zu gehen. »Dieses Urteil ist ungerecht und widerspricht den Tatsachen«, sagte Mladics Sohn Darko in Den Haag. Das Gericht habe »Gerechtigkeit durch Kriegspropaganda ersetzt«.

Serbiens Justizministerin Nela Kuburovic verlangte am Mittwoch erneut, serbische Ärzte müssten den kranken Mladic in Belgrad behandeln. Die Regierung gebe eine Garantie, dass er danach wieder nach Den Haag zurückkehren werde. Die als Regierungssprachrohr geltende Zeitung »Informer« titelte am Mittwoch »Todesstrafe für Mladic«.

Ziel aller Kriegsverbrechen von Mladic und seinen Offizieren war nach Überzeugung des Gerichts, Muslime und Kroaten aus den von Serben in Bosnien beanspruchten Gebieten zu vertreiben. Dazu sei ihnen jedes Verbrechen recht ge-

»Lüge! Reine Lüge!
Alles Lüge!«

Ratko Mladic
Ex-General

wesen. Die nichtserbische Bevölkerung sei »systematisch terrorisiert« worden, um dieses Ziel zu erreichen. Damit hätten die von Mladic befehligte Armee der bosnischen Serben sowie zahlreiche Freischärlerverbände zuhauf »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« begangen.

Der UN-Menschenrechtskommissar bezeichnete in Genf das Urteil als monumentalen Sieg der

Gerechtigkeit. »Mladic ist der Inbegriff des Bösen und die Verurteilung von Mladic ist der Inbegriff für internationale Gerechtigkeit«, sagte Said Raad al-Husseini in Genf. Eine Sprecherin des Auswärtigen Amtes in Berlin begrüßte namens der Bundesregierung das Urteil als »wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung der grausamen Verbrechen, die in den 1990er Jahren im ehemaligen Jugoslawien verübt wurden«.

Serbiens Staatspräsident Aleksandar Vucic kritisierte hingegen, die serbischen Opfer in allen Jugoslawien-Kriegen würden vom Ausland nicht ähnlich behandelt wie die Opfer anderer Nationen. Der Präsident der bosnischen Serben, Milorad Dodik, sagte voraus, Mladic werde für seine Landsleute noch mehr zu einem »Mythos«: »Der Mann hat das Militär befehligt, das die Freiheit seines Volkes verteidigt und so die Serbenrepublik erschaffen hat.« *Agenturen/nd*

Sotschi-Dreiergipfel zu Syrien

Russischer Präsident sieht »echte Chance« zu Beendigung des Konflikts

Sotschi. Russlands Präsident Wladimir Putin sieht eine »echte Chance« zur Beendigung des Konflikts in Syrien. Bei einem Gipfel der Präsidenten Russlands, Irans und der Türkei in Sotschi sagte Gastgeber Putin am Mittwoch, die drei Länder hätten gemeinsam den »Kollaps Syriens« verhindert. Putin wollte mit Recep Tayyip Erdogan und Hassan Ruhani über eine politische Lösung beraten.

»Es hat sich eine echte Chance zur Beendigung dieses seit Jahren andauernden Bürgerkriegs aufgetan«, erklärte Putin. »Dank der Bemühungen Russlands, Irans und der Türkei haben wir vermieden, dass Syrien in die Hände internationaler Terroristen fällt«, sagte er mit Blick auf Dschihadistengruppen wie den Islamischen Staat. Putin betonte, eine Beilegung des Konflikts erfordere »Zustimmnisse« von allen Seiten, »einschließlich der syrischen Regierung«.

Am Vorabend hatte Putin mit seinem US-Amtskollegen Donald Trump in einem Telefongespräch über die Lage in Syrien diskutiert. *AFP/nd*

Über verschwiegen Datenklau

Internetfirma zahlte Geld an Hacker für Vernichtung der Informationen

San Francisco. Über sind vor gut einem Jahr Daten von rund 50 Millionen Fahrgästen gestohlen worden. Der Fahrdienstvermittler informierte die Öffentlichkeit aber erst jetzt über den Vorfall. Es gehe um Namen, E-Mail-Adressen und Telefonnummern von Nutzern rund um die Welt, erklärte Über dem Finanzdienst Bloomberg. Außerdem hätten sich die Angreifer auch Zugriff auf Daten von etwa sieben Millionen Fahrern verschafft. Es seien aber keine Kreditkartendaten oder Informationen zu Fahrten gestohlen worden, betonte die Firma.

Über räumte nun ein, weder Behörden noch Betroffene informiert zu haben. Stattdessen seien den Hackern 100 000 Dollar bezahlt worden, damit sie die gestohlenen Daten vernichten. Über gehe davon aus, dass die Informationen nicht verwendet worden seien, hieß es. Die Hacker seien durch eine schlecht geschützte Datenbank an die Daten gekommen. Der Über-Sicherheitschef Joe Sullivan wurde diese Woche entlassen, wie Über weiter mitteilte. *dpa/nd* Seiten 4 und 9

Hariri verzögert den Rücktritt

Libanons Premier bleibt vorerst

Beirut. In der Libanon-Krise hat Ministerpräsident Saad Hariri eine Kehrtwende vollzogen und seinen Rücktritt zunächst aufgeschoben. Damit sei er einer Bitte des libanesischen Staatsoberhaupts Michel Aoun nachgekommen, erklärte Hariri am Mittwoch in einer kurzen Ansprache in der Hauptstadt Beirut. Hariri hatte Anfang des Monats von Saudi-Arabien aus seinen Rücktritt angekündigt. Dieser war von Aoun jedoch nicht angenommen worden. In der Ansprache am Mittwoch erklärte Hariri, eine Verschiebung des Rücktritts werde einen ernsthaften Dialog innerhalb des Landes ermöglichen. Später ließ er sich im Zentrum Beiruts von Hunderten Anhängern feiern. »Ich werde bei euch bleiben, damit wir die Stabilität des Libanons verteidigen«, rief Hariri ihnen zu.

Nach seiner Rücktrittsankündigung waren Sorgen aufkommen, in Libanon könne ein neuer Stellvertreterkonflikt zwischen dem sunnitischen Königreich Saudi-Arabien und dessen schiitischen Erzrivalen Iran entstehen. Dieser könnte den gesamten Nahen Osten destabilisieren. *dpa/nd*

ISSN 0323-3375

